

3.	05/0401/1	a) Beratung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Sankt Augustin für das Haushaltsjahr 2006 sowie des Haushaltssicherungskonzepts für die Jahre 2006 bis 2012 b) Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2005 bis 2009	DEZ I, FB 2 Bericht bis 15.03.06 DEZ I, BRB, RPA, FB 1, FB 9 wV
----	-----------	---	---

Der Bürgermeister bat Herrn Lehmacher, durch diesen Tagesordnungspunkt zu leiten.

Herr Lehmacher führte zunächst aus, dass auf Grund eines Rechenfehlers aus der Beratung vom 30.11.05 im Bereich der freiwilligen Ausgaben ein Fehlbetrag von 3.490 € für die Finanzplanung im Jahr 2007 entstanden sei. Er schlug vor, als Ausgleich den bei Haushaltsstelle 4515.7182.5, „Projekt- und Modellfonds für Innovationen in der Jugendarbeit“ beschlossenen Ansatz um diesen Betrag zu reduzieren. Nach einer kurzen Diskussion wurde über diesen Vorschlag wie folgt abgestimmt:

mehrheitlich zugestimmt

Anschließend machte Herr Lehmacher auf das den Fraktionen mit Schreiben vom 05.12.05 übersandte Paket mit den Antworten zu den in der Sitzung am 30.11.05 nicht behandelten Fragen zum Haushalt aufmerksam. Weitere Fragestellungen hierzu erfolgten nicht.

Herr Lehmacher wies auf die zur heutigen Sitzung verteilte Tischvorlage „Zusammenstellung der Fragen und Änderungsanträge der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2006“ hin. Es bestand Einvernehmen, diesen Katalog der Reihenfolge nach zu beraten.

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	SPD EUR
1	0001.4101.0	Aufwandsentschädigung BGM, Fraktionsvorsitz., Ortsvorst.	90.000	2006 -6.455 2009 -1.467 2010ff -5.868 ab nächster Legislaturp. Verzicht auf 3. Stv. BGM

Herr Knülle korrigierte die Tischvorlage dahingehend, dass beantragt worden sei, ab der nächsten Ratsperiode (2009) auf den 3. stellvertretenden Bürgermeister zu verzichten.

Herr Wagner merkte hierzu an, dass dies in der Entscheidungsbefugnis des im Jahr 2009 neu gewählten Rates stehe. Dem wolle die CDU-Fraktion nicht vorgreifen.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über den Antrag abstimmen:

7 Jastimmen

9 Neinstimmen, damit ist der Antrag abgelehnt

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	CDU EUR	SPD EUR	FDP EUR
2	-	Gemeindeorgane	-	Konzept zur Zusammenlegung von Ausschüssen		Konzept zur Zusammenlegung von Ausschüssen
4	0001.4002.9	Sitzungsgeld an Rats- und Ausschussmitglieder	210.000		2006 -25.819 2009 - 5.868 2010ff -23.472 Verkleinerung Rat um 6 Sitze 2007ff - 3.000 Zusammenlegung von Ausschüssen	

Herr Wagner bat die Verwaltung darum, bezogen auf den Antrag der CDU-Fraktion für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08.02.06 eine Konzepterstellung vorzunehmen.

Nach kurzer Diskussion, an der sich Vertreter aller Fraktionen beteiligten, bestand hierüber Einvernehmen.

Anschließend erfolgte eine Aussprache über den Antrag der SPD-Fraktion. Herr Knülle erläuterte zunächst den Antrag. Herr Wagner, Frau Jung und Frau Breinlich sprachen sich dafür aus, ergebnisoffen in die Beratung zu dieser Thematik einzusteigen. Herr Schopp plädierte dafür, dass in einer späteren Beratung dieser Angelegenheit in Buisdorf wieder 1 Wahlbezirk eingerichtet werde. Herr Schäfer vertrat die Auffassung, dass zur Unterstreichung der Ernsthaftigkeit des Antrages auch eine Kostenstelle benannt und eine Selbstbindung des Rates erfolgen müsse.

Über den Antrag der SPD-Fraktion wurde anschließend wie folgt abgestimmt:

5 Jastimmen

9 Neinstimmen

2 Enthaltungen, damit ist der Antrag abgelehnt.

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	CDU EUR	FDP EUR
3		Wirtschaftsförderung	-	1) Veränderte Aufgabengebiete und personelle Veränderungen zügig regeln 2) Aufgabenverteilung zw. Stadt und WiFöG definieren und zur Beschlussfassung vorlegen 3) Auflösung WiFöLiA und Verteilung der Aufgaben auf andere Ausschüsse	1) Veränderte Aufgabengebiete und personelle Veränderungen zügig regeln 2) Aufgabenverteilung zw. Stadt und WiFöG definieren und zur Beschlussfassung vorlegen 3) Auflösung WiFöLiA und Verteilung der Aufgaben auf andere Ausschüsse

Herr Wagner erläuterte den Antrag der CDU- und FDP-Fraktion. Anschließend bat er die Verwaltung darum, für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08.02.06 hinsichtlich der Einzelheiten eine Konzepterstellung vorzunehmen. Hiermit waren alle Mitglieder einverstanden.

Anschließend erfolgte eine Diskussion über die Anträge in der Sache. Auf Nachfrage von Herrn Knülle erläuterte Herr Wagner, dass es sich um abgestimmte Anträge zwischen der CDU/FDP-Fraktionen und dem Bürgermeister handle und diese keinen Eingriff in seine Organisationshoheit darstellen. Herr Knülle kritisierte, dass die Auflösung eines einzelnen Ausschusses beantragt werde, bevor die Gesamtproblematik der Ausschussreduzierung beraten worden sei.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über die Anträge in der Sache abstimmen:

9 Jastimmen
7 Neinstimmen

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	BÜNDNIS90/GRÜNE EUR
5	0001.6101.4	Säch. Kosten der Rats- und Ausschusssitzungen	3.400	-400 Senken und Einnahmeposition schaffen
6	0001.neu	Einnahmen aus Getränken bei Rats- und Ausschusssitzungen	0	+500

Der Bürgermeister schlug vor, auf die Umsetzung dieses Antrages zu verzichten, da die Fraktionen bereits eine Kürzung ihrer eigenen Mittel

beschlossen haben. Er wies darauf hin, dass ein Einzelverkauf der Getränke verwaltungstechnisch nicht durchführbar sei. Er unterbreitete den Vorschlag, einmal jährlich die Getränke mit den Fraktionen abzurechnen.

Hiermit erklärten sich alle Mitglieder einverstanden; Frau Breinlich zog den Antrag für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurück.

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	BÜNDNIS90/GRÜNE EUR
7	0001.6540.3ff-	Reisekosten (diverse)	119.730	-9.730 gem. Anlage 2007ff -1.000

Herr Lehmacher und der Bürgermeister führten aus, dass es sich hierbei um einen gesetzlich vorgeschriebenen Kostenersatz handele, den die Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung für den Einsatz ihres Privat-Pkw für dienstliche Fahrten erhalten.

Frau Breinlich sprach sich dafür aus, dass durch organisatorische Maßnahmen erreicht werden könne, Dienstfahren effizienter durchzuführen.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über den Antrag abstimmen:

2 Jastimmen

14 Neinstimmen, damit ist der Antrag abgelehnt

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	SPD EUR
8	0210.neu	Kosten NKF im Hinblick auf Organisationsveränderung	0	+ 20.000 Mittel für den St.D. im Zuge der Einführung NKF

Herr Knülle wies auf die besondere Bedeutung des Steuerungsdienstes im Zusammenhang mit der Einführung NKF hin.

Auf Nachfrage von Herrn Wagner erklärte Herr Lehmacher, dass für die Einführung NKF 15.000 € in den Haushalt eingestellt seien und diese Mittel als ausreichend angesehen werden.

Der Bürgermeister wies auf den Antrag der SPD, Drucksachen-Nr. 05/0510 hin, der u.a. eine personelle Aufstockung des Steuerungsdienstes zum Inhalt habe. Es bestand Einvernehmen, diesen Antrag an dieser Stelle mit zu beraten.

Er begrüßte die Absicht, diesen Bereich personell aufzustocken. Er ver-

band dies jedoch mit dem Hinweis, dass dies nicht mit dem vorhandenen Personal erfolgen könne und externe Stellenausschreibungen die erforderlich seien.

Frau Bergmann-Gries fügte hinzu, dass im Hinblick auf die dringend notwendige Erstellung eines Personalentwicklungskonzeptes der Steuerungsdienst personell verstärkt werden müsse.

Frau Jung sprach sich dafür aus, dem Bürgermeister zunächst die Möglichkeit zu geben, ein Gesamtpersonalkonzept vorzulegen, bevor einzelne Bereiche personell aufgestockt werden. Nach Auffassung von Herrn Knülle sei aber gerade dies Aufgabe des Steuerungsdienstes.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

7 Jastimmen

9 Neinstimmen, damit ist der Antrag abgelehnt

Protokollnotiz:

Über den Antrag der SPD-Fraktion, Drucksachen-Nr. 05/0510, wurde an späterer Stelle gesondert abgestimmt.

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	BÜNDNIS90/GRÜNE EUR
9	0600.6510.4	Amtliche Blätter, Zeitschriften und Bücher	35.000	2006 -1.750 2007ff -3.410

Es bestand Einvernehmen, diese Position zusammen mit den lfd. Nummern 16, 21, 23, 25, 27, 28, 33 und 44 zu beraten.

Herr Lehmacher führte aus, dass die für diesen Zweck veranschlagten Mittel seit Jahren knapp bemessen seien. Darüber hinaus sei bereits vor Jahren eine Bestandserhebung der vorhandenen Literatur vorgenommen worden und eine Reduzierung erfolgt.

Herr Seigfried wies auf die permanente Änderung von Rechtsvorschriften hin. Aus diesem Grund würden diese Mittel unbedingt benötigt.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über die Anträge abstimmen:

mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	BÜNDNIS90/GRÜNE EUR
10	6100.6103.9	Planstudie "Gewerbegebiet zw. Menden u. Hangelar"	11.000	-11.000 gem.Stellungnahme RSK Entwicklung kaum möglich

2 Jastimmen

14 Neinstimmen, damit ist der Antrag abgelehnt

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	BÜNDNIS90/GRÜNE EUR
11	0220.4600.0	Personal-Nebenausgaben	14.000	-2.000

Frau Krumm erläuterte hierzu, dass es sich um Ausgaben handele, die gemäß Tarifvertrag und anderer gesetzlicher Vorschriften vorgeschrieben seien.

Herr Piéla zog darauf hin den Antrag für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurück.

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	SPD EUR
12	0600.6500.6	Zentrale Bewirtschaftung Bürobedarf	136.670	Das RPA wird beauftragt, die Effizienz der zentralen Beschaffung zu prüfen!

Nach einer kurzen Diskussion ließ Herr Lehmacher über den Antrag abstimmen:

einstimmig

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	CDU EUR	FDP EUR
13	1100.2600.7	Verwargelder (ruhender Verkehr)	120.000	+14.500	+14.500
14	1100.neu	Umweltkontrollleure	0	+14.500 Sauberkeitskonzept	+14.500 Sauberkeitskonzept

Herr Lehmacher bat darum, bei einer entsprechenden Beschlussfassung, sich gegenüberstehende eigene Haushaltspositionen (Einnahme und Ausgabe) zu bilden.

Herr Knülle bat zur realistischen Einschätzung um Mitteilung, wie sich die Ist-Einnahmen im Bereich der Verwargelder darstellen. Er sprach sich gegen eine fiktive Einstellung von Einnahmen in den Haushalt aus.

Frau Breinlich führte aus, dass es an personellen Kapazitäten fehle um diese Einnahmen zu erzielen.

Frau Bergmann-Gries sprach sich für eine vorherige Klärung der Personalfrage aus.

Der Bürgermeister erläuterte, dass die Aufgaben der Umweltkontrolleure durch Beschäftigte der Stadtverwaltung außerhalb der regulären Dienstzeit nach einem noch festzulegenden Dienstplan wahrgenommen werden sollen. Eine grundsätzliche Bereitschaft in der Belegschaft liege hierfür vor.

Auf Nachfrage von Herrn Knülle erklärte Herr Lehmacher, dass haushaltsrechtliche Bedenken gegen die Einstellung dieser Mittel in den Haushalt nicht bestünden.

Die für die Aufgabenerledigung noch zu verabschiedende Satzung werde zu Beginn des Jahres 2006 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über die Anträge abstimmen, mit der Veränderung, dass sich gegenüberstehende eigene Haushaltspositionen (Einnahme und Ausgabe) zu bilden sind:

einstimmig bei 6 Enthaltungen

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	Ausschuss/ Verwaltung EUR
15	1300.6100.1	Brandschutzgutachten	0	+24.600 Die Maßnahme konnte in 2005 nicht abgeschlossen werden. Die Mittel sind neu zu veranschlagen.

Herr Lehmacher erläuterte den Vorschlag der Verwaltung. Der Bürgermeister ergänzte die Ausführungen, dass ein wissenschaftlich aufbereitetes Gutachten erforderlich sei, da andere Kommunen vergleichbarer Größe regelmäßig über eine Berufsfeuerwehr verfügen. Die sich aus dem Gutachten ergebende Fachberatung werde zu gegebener Zeit im Feuer- und Zivilschutzausschuss erfolgen.

Auf Nachfrage von Herr Schäfer erklärte der Bürgermeister, dass die personellen Veränderungen im Bereich der Feuerwehr noch nicht etatisiert seien. Dies solle zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über den Antrag der Verwaltung abstimmen:

einstimmig

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	BÜNDNIS90/GRÜNE EUR
17	5700.9500.8	Errichtung einer Beach-Volleyballanlage im Freibad	15.000	-10.000 Sponsoring

Herr Seigfried erläuterte, dass bereits Gespräche mit Sponsoren geführt werden. Ergebnisse lägen jedoch noch nicht vor. Er sicherte zu, dass bei Vorliegen von Geldern aus Sponsoring die Haushaltsmittel in entsprechender Höhe nicht verausgabt werden.

Herr Piéla zog darauf hin den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurück.

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	FDP EUR
18	2000.6102.0	Entsorgungskosten für ADV-Altgeräte	2.500	2006ff -1.500
19	2000.6103.9	Entsorgungskosten für Klassenmobiliar	2.500	2006ff -1.500

Herr Quiter führte hierzu aus, dass eine Überprüfung hinsichtlich der ab dem nächsten Jahr hierfür geltenden gesetzlichen Vorschriften noch nicht abgeschlossen werden konnte.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über den Antrag abstimmen:

einstimmig

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	SPD EUR
20	2100.5300.1	Mietausgaben für Schulpavillons	7.650	+7.000 weiterer Schulpavillon GS Meindorf

Nach kurzer Diskussion ließ Herr Lehmacher über den Antrag abstimmen:

einstimmig

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	BÜNDNIS90/GRÜNE EUR
22	2150.4501.0	Kosten der amtsärztlichen Untersuchungen	2.020	2006ff -1.000 s. 2004, Untersuchungen von Praktikanten entfallen
24	2200.4501.0	Kosten der amtsärztlichen Untersuchungen	510	2006ff -260 s. 2004, Untersuchungen von Praktikanten entfallen
26	2300.4501.9	Kosten der amtsärztlichen Untersuchungen	510	2006ff -260 s. 2004, Untersuchungen von Praktikanten entfallen

Herr Quiter führte aus, dass bezogen auf die Grund- und Hauptschulen Mehrausgaben für die Untersuchung des sonderpädagogischen Förderbedarfs anfallen, die gegenüber dem Rhein-Sieg-Kreis zu erstatten sind.

Daraufhin wurden die Anträge von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurückgezogen.

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	BÜNDNIS90/GRÜNE EUR
29	2950.6550.7	Rechtsanwaltsgebühren	800	-799 Haushaltsstelle erhalten

Herr Piéla korrigierte den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dahingehend, dass die Haushaltsstelle mit einem Ansatz von 10 € erhalten werden solle.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	CDU EUR
----------	-----------------	-------------	-------------------------	---------

30	4631.7600.9	Stadtteilorientierte soziale Arbeit	0	Antwort nachbessern, was wurde bisher gemacht?
----	-------------	-------------------------------------	---	--

Auf Nachfrage von Herr Wagner erläuterte Herr Quiter, wofür in den Vorjahren Mittel auf dieser Haushaltsstelle verwendet wurden.

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	FDP EUR
31	4550.7600.5	Flexible Erziehungshilfen nach §§ 27ff SGB VIII	10.000	+5.000
32	4557.7700.7	Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen	2.957.280	-5.000

Nach Klärung einer Verständnisfrage durch Herrn Quiter zog Frau Jung den Antrag für die FDP-Fraktion zurück.

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	FDP EUR
34	4810.2431.7	Einnahmen nach dem UVG	61.360	2006ff +20.000

Herr Seigfried führte aus, dass eine Erweiterung des Ansatzes nur mit zusätzlichem Personal möglich sei.

Frau Jung erklärte, dass die Erhöhung als Merkposten zu verstehen sei, damit die Verwaltung zu gegebener Zeit diesen Bereich personell aufstocke.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über den Antrag abstimmen:

9 Jastimmen
6 Neinstimmen
1 Enthaltung

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	SPD EUR	Ausschuss/ Verwaltung EUR
35	2200.9350.1	Anschaffung und Ergänzung von Schuleinrichtung	16.300	2006 +100.000 2008 - 50.000 2009 - 50.000 San. Bioraum und Hörsaal RS Ndpl. vorziehen	+45.000 für die Einrichtung des Chemieraums RS Menden einschl. Vorbereitungsraum. Mittel wurden in 2005 nicht mehr kassenwirksam.
36	2200.9431.4	Baumaßnahmen i. R. Bioraum- u. Hörsaal an RS Menden/Ndpl.	0	2006 +100.000 2008 - 50.000 2009 - 50.000 San. Bioraum und Hörsaal RS Ndpl. vorziehen	+80.000 für die Sanierungsmaßnahmen an den RS Menden im Zuge Umbau Chemieraum. Die Mittel wurden in 2005 nicht mehr kassenwirksam.

Herr Knülle wies auf den gleichlautenden Antrag der SPD-Fraktion zu den Haushaltsberatungen 2005 hin und sprach sich für eine vorgezogene Sanierung der Fachräume aus. Diesen Ausführungen schloss sich Herr Wagner für die CDU-Fraktion an. Er verwies jedoch auf die in diesem Haushaltsjahr nicht erledigte Sanierungsmaßnahme. Er sehe keine Möglichkeit, darüber hinaus weitere Maßnahmen umzusetzen.

Anschließend ließ Herr Lehmacher zunächst über die Anträge der SPD-Fraktion abstimmen:

6 Jastimmen

9 Neinstimmen

1 Enthaltung, damit ist der Antrag abgelehnt

Danach stellte er die Anträge der Verwaltung zu Abstimmung:

einstimmig

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	BÜNDNIS90/ GRÜNE EUR
----------	-----------------	-------------	-------------------------	----------------------

37	4511.9880.0	Zuschüsse für die Anschaffung von Jugendpflegematerial	1.150	+245
----	-------------	--	-------	------

Herr Piéla sprach sich für einen Ansatz in Höhe des Rechnungsergebnisses 2004 aus.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über den Antrag abstimmen:

mehrheitlich zugestimmt

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	BÜNDNIS90/GRÜNE EUR
38	4600.9350.3	Anschaffung von Geräten	530	+1.000

9 Jastimmen
3 Neinstimmen
2 Enthaltungen

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	FDP EUR
39	6120.6102.6	Erstellung von B-Plan-Kartenunterlagen/Bearbeitung von B-Plänen	20.000	2006ff -10.000

Herr Gleß führte aus, dass im nächsten Jahr im Zusammenhang mit der Erstellung zahlreicher Bebauungspläne die Mittel in der veranschlagten Höhe benötigt werden. Bei den vorhabenbezogenen Bebauungsplänen würden die Kosten jedoch von den Investoren getragen.

Darauf hin zog Frau Jung den Antrag für die FDP-Fraktion zurück.

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	CDU EUR
40	6300.5102.0	Ergänzung der Lichtzeichenanlagen	1.420	-1.420
41	6300.5401.8	Stromkosten der Lichtzeichenanlagen	16.000	-8.000 6.000

Herr Wagner begründete die Anträge dahingehend, dass in den Jahren 2004 und 2005 keine Mittel aus der Haushaltsstelle 6300.5102.0 abgerufen worden seien. Der Bürgermeister erläuterte hierzu, dass aus dieser Haushaltsstelle Lichtzeichenanlagen für Gefahrenschwerpunkte (z.B. in Neubaugebieten) finanziert werden. Herr Piéla und Herr Knülle sprachen sich für einen Erhalt des Ansatzes aus.

Bezüglich der Stromkosten wies er auf die verringerten Ist-Ausgaben in 2005 hin. Herr Schmitz wies darauf hin, dass sich die Ist-Ausgaben tatsächlich auf 10.000 € belaufen. Herr Wagner änderte darauf den Antrag der CDU-Fraktion auf Kürzung um 6.000 €.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über die Anträge abstimmen:

9 Jastimmen

7 Neinstimmen

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	SPD EUR
42	5900.5101.7	Unterhaltungsmaßnahmen an Reitwegen	0	2007 -1.000 2009 -1.000 2011 -1.000 Zuschussbedarf vermeiden

Herr Schmitz erläuterte, dass sich die Ansätze am tatsächlichen Bedarf orientieren.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über den Antrag abstimmen:

mehrheitlich zugestimmt

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	Ausschuss/ Verwaltung EUR
43	7710.4140.9ff.	-Dienstbezüge Beschäftigte - Arbeitgeberanteile zur ZVK - Beschäftigte - Beiträge zur gesetzl. Sozialversicherung Beschäftigte	2.517.240	Bereitstellung von Mitteln für 5 derzeit nicht besetzte Stellen beim Bauhof (siehe Antrag im Bau- und Vergabeausschuss vom 23.11.2005).

Herr Willenberg kritisierte, dass eine Beratung der Angelegenheit im Personalausschuss nicht erfolgt ist. In Anbetracht der Dringlichkeit könne er aber dem Antrag zustimmen.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über den Antrag abstimmen:

einstimmig

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	CDU EUR
----------	-----------------	-------------	-------------------------	---------

45	4640.9538.0	Verbesserung an Außenanlagen (Umgest. KITA Wacholderweg)	30.000	Planung vor Auftragsvergabe im BauA vorstellen!
----	-------------	--	--------	---

Herr Wagner erklärte, dass die Gelder für diese Maßnahme erst freigegeben werden sollen, wenn die Planung im Bau- und Vergabeausschuss vorgestellt wurde. Er bat um Eintragung eines Sperrvermerks.

Anschließend ließ Herr Lehmacher hierüber abstimmen:

einstimmig bei 6 Enthaltungen

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	CDU EUR	SPD EUR	BÜNDNIS90/GRÜNE EUR	FDP EUR
46	5800.9500.7	Anlegung von Grün- und Parkflächen	8.500	-4.250 Sponsoring etc.	-5.300 Schutzpilz und Tisch, Bänke nicht erneuern	-6.500 Schutzpilz im Wald kann entfallen	-8.000

Herr Lehmacher ließ über den weitest gehenden Antrag der FDP-Fraktion abstimmen:

mehrheitlich zugestimmt

Eine Abstimmung über die übrigen Anträge war nicht mehr erforderlich.

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	CDU EUR	FDP EUR
47	6300.9401.0	Erstellung von Bushaltestellen	60.000	Zuschuss für 2 Haltestellen, ansonsten nur eine bauen!	-30.000 ggf. nur eine Haltestelle bauen

Herr Schmitz führte aus, dass bei einer Kürzung des Ansatzes die Bushaltestelle nur auf einer Straßenseite errichtet werden könne.

Herr Meyer-Eppler sprach sich dafür aus, die Haltestellen in einfacherer Bauweise zu errichten. In diesem Falle würden die reduzierten Mittel ausreichen.

Herr Wagner vertrat die Auffassung, dass eine von Dritten geforderte Erhöhung der Anforderungen an die Bushaltestellen von diesen insoweit auch bezuschusst werden müsse, sodass beide Haltestellen errichten werden könnten.

Frau Bergmann-Gries wies auf die problematische Situation der Örtlichkeit hin, an der die Errichtung der Haltestellen geplant sind.

Herr Knülle ging davon aus, dass seitens der Verwaltung eine Prüfung hinsichtlich einer Bezuschussung bereits erfolgt sei. Da keine Einnahmeposition im Haushalt vermerkt sei, müsse erwartet werden, dass keine Zuschüsse gezahlt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Knülle erläuterte Herr Schmitz, dass eine Errichtung preiswerter vorgenommen werden kann, seitens der RSVG und Landesbetrieb Straßenbau würden jedoch auf Grund der besonderen Verkehrssituation erhöhte Anforderungen gestellt. Hinsichtlich einer Bezuschussung liege keine schriftliche Zusage vor. Es wurde lediglich mündlich angekündigt, dass diese aus evtl. noch vorhandenen Restmitteln möglich sein könnte.

Herr Wagner erklärte, es solle bei dem Ansatz von 60.000 € verbleiben. Dieser solle jedoch mit einem Sperrvermerk versehen werden. Eine Freigabe erfolge erst dann, wenn die Planung im Bau- und Vergabeausschuss vorgestellt worden sei.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über den geänderten Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

einstimmig

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	BÜNDNIS90/GRÜNE EUR
48	6300.9536.8	Straßenendausbau Parsevalstraße	100.000	2006 -100.000 2008 +100.000 Maßnahme nach 2008 verschieben

Herr Schmitz erklärte, dass das betreffende Wohngebiet nahezu fertig gestellt ist. Bei einem Verschieben des Straßenausbaus sei mit Protesten der Anwohner zu rechnen. Auf Nachfrage von Frau Jung bestätigte Herr Schmitz, dass der Ausbau in 2006 vorgenommen werden könne.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über den Antrag abstimmen:

2 Jastimmen

12 Neinstimmen, damit ist der Antrag abgelehnt

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	SPD EUR	BÜNDNIS90/GRÜNE EUR
49	6300.9537.7	Verkehrsberuhigung Zufahrt Sportplatz Meindorf	0	2007 -30.000	2007 -30.000

einstimmig

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	CDU EUR	SPD EUR
50	6300.9538.6	Herstellung Parkplätze Kamillienweg	10.000	-10.000	-10.000

Herr Lehmacher erklärte, dass seitens der Verwaltung eine Kürzung um 10.000 € vorgenommen werde.

Die Anträge wurden daraufhin zurückgezogen.

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	SPD EUR
51	6300.9540.2	Ausbau e. Rad- und Gehweg zw. A.-Sonntag-Str./Udetstr.	50.000 gem. Änderu- papier der Verwal- tung Ansatz = 0	+5.000 Fuß- und Radweg anlegen

Herr Knülle betonte die Wichtigkeit, einen Geh- und Radweg an dieser Stelle zu errichten. Sollten gesicherte Erkenntnisse bezüglich einer Bezuschussung der Maßnahme vorliegen, könne eine analoge Einnahme-position eingerichtet werden. Ferner machte er für die SPD-Fraktion deutlich, dass das Grundstück, auf dem der Weg errichtet werden soll, in städtischem Besitz bleiben solle. Daher könne auch nur die Stadt diesen Weg errichten.

Frau Roitzheim verwies auf die anders lautende Beschlussfassung des Planungs- und Verkehrsausschusses in dieser Angelegenheit. Dieser sei auch von den Vertretern der SPD-Fraktion mit getragen worden.

Frau Jung erläuterte, dass die Frage des Grundstückes im Planungs- und Verkehrsausschuss hätte erörtert werden müssen; dennoch sollte es jetzt bei der dort verabschiedeten Lösung verbleiben.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über den Antrag abstimmen:

5 Jastimmen

9 Neinstimmen

2 Enthaltungen, damit ist der Antrag abgelehnt

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	SPD EUR
----------	-----------------	-------------	-------------------------	---------

52	6700.9600.5	Erweiterung der Straßenbeleuchtung	10.230	+10.000	Beleuchtung Pleistalstraße Fuß- und Radweg realisieren.
----	-------------	------------------------------------	--------	---------	---

Herr Knülle verwies auf die in dieser Angelegenheit seit Jahren geführte Diskussion. Das verbleibende Reststück des Weges solle nunmehr angemessen beleuchtet werden.

Herr Wagner hielt dem entgegen, dass auf Grund der alternativen beleuchteten Wegemöglichkeiten eine Realisierung nicht erforderlich sei.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über den Antrag abstimmen:

5 Jastimmen

9 Neinstimmen

2 Enthaltungen, damit ist der Antrag abgelehnt

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	CDU EUR	FDP EUR
53	-	Gebäudemanagement	-	1) Konzept Zuständigkeiten FB 9 2) Konzept zur nachhaltigen Arbeitsfähigkeit FB 9; insb. Personalfragen	1) Konzept Zuständigkeiten FB 9 2) Konzept zur nachhaltigen Arbeitsfähigkeit FB 9; insb. Personalfragen

Herr Knülle wies auf den in die gleiche Richtung weisenden Antrag der SPD-Fraktion, Drucksachen-Nr. 05/0512, hin. Er hielt diesen für den weitest gehenden Antrag und bat darum, über diesen zunächst abzustimmen.

Dem wurde seitens des Bürgermeisters widersprochen; er stufte die Anträge der CDU/FDP- Fraktion und der SPD-Fraktion als gleichrangig ein. Herr Knülle stimmte dem zu.

Frau Jung hielt den Antrag der CDU/FDP-Fraktion für detaillierter in der Ausführung, da konkrete Maßnahmen vorgesehen seien. Herr Wagner beanspruchte die Urheberschaft in der Angelegenheit für die CDU/FDP-Fraktion.

Anschließend beantragte Frau Breinlich zur Geschäftsordnung Ende der Debatte und Abstimmung.

Als Gegenrede führte Herr Wagner aus, im Interesse der Sache über die Anträge gemeinsam abzustimmen.

Frau Jung schlug vor, über den zuerst vorgelegten Antrag der CDU/FDP-Fraktion unter Einbeziehung der Überlegungen der SPD-Fraktion abzustimmen.

Auf Wunsch von Herr Wagner unterbrach der Bürgermeister anschließend die Sitzung für 5 Minuten.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung wiederholte Frau Jung im Namen der FDP- und CDU-Fraktion ihren zuvor gemachten Vorschlag.

Anschließend ließ der Bürgermeister zunächst über den im vorgenannten Sinne erweiterten Antrag der CDU/FDP-Fraktion abstimmen:

15 Jastimmen
1 Neinstimme

Hiernach ließ er über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	Ausschuss/ Verwaltung EUR
54	0200.1400.5	Mieteinnahmen und Nebenabgaben	32.440	2006 -10.440 2007 -840 2008 +1.440 2009ff +2.880 Änderungen aufgrund Kündigung Pachtv. Ratsstuben

Es bestand Einvernehmen, an dieser Stelle den in der Tagesordnung unter TOP 12 aufgeführten Antrag der FDP-Fraktion, Drucksachen-Nr. 05/0474 mit zu behandeln.

Herr Lehmann erläuterte zunächst, dass wegen der Kündigung des Pächters der Ratsstuben Korrekturen im Haushalt vorzunehmen seien. Ergänzend führte Herr Masemann aus, dass der Fachbereich Gebäudemanagement davon ausgehe, dass ein neuer Pächter zur Fortführung der Ratsstuben gefunden werden solle. Der Bürgermeister merkte an, dass nicht nur an eine Fortführung im Bereich der Gastronomie sondern auch an andere Möglichkeiten einer gewerblichen Nutzung gedacht werde.

Frau Jung bat darum, in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanz-

ausschusses am 08.02.06 konzeptionelle Überlegungen sowie die Modalitäten, zu denen die Ratsstuben künftig vergeben werden sollen, vorzustellen.

Dies wurde von Herrn Lehmacher zugesagt.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über den Antrag der Verwaltung abstimmen:

einstimmig

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	Ausschuss/ Verwaltung EUR
55	2100.5016. neu	Beseitigung von Feuchtigkeitsschäden a. d. GS Hangelar	0	+400.000 Beseitigung Feuchtigkeitsschäden GS Hangelar
56	2100.5017. neu	Beseitigung von Feuchtigkeitsschäden a. d. GS Meindorf	0	+450.000 Beseitigung Feuchtigkeitsschäden GS Meindorf

einstimmig

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	CDU EUR	BÜNDNIS90/ GRÜNE EUR
57	2150.5400.9	Heizöl, Gas, Strom und Wasser	164.430		Reduzierung durch systematische Schulung der Nutzer und Contracting
58	2200.5400.9	Heizöl, Gas, Strom und Wasser	82.260		Reduzierung durch systematische Schulung der Nutzer und Contracting
59	2300.5400.8	Gas, Strom und Wasser	405.030	Erläuterungen sind nicht schlüssig!	Reduzierung durch systematische Schulung der Nutzer und Contracting
60	2700.5400.4	Gas, Strom und Wasser	40.380		Reduzierung durch systematische Schulung der Nutzer und Contracting
61	3550.5400.3	Gas, Strom und Wasser	33.460		Reduzierung durch systematische Schulung der Nutzer und Contracting

Es bestand Einvernehmen, an dieser Stelle den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksachen-Nr. 05/0433, einzubeziehen.

Herr Masemann plädierte dafür, zunächst die nationalen Ausführungsbestimmungen zum Thema „Energiepass“ abzuwarten, bevor diese Angelegenheit angegangen wird.

Die Steigerungen der Energiekosten in einzelnen Bereichen wurden auf Nachfrage von Herrn Piéla durch Herrn Masemann erläutert, dass dies u.a. auf unterschiedliche Heizsysteme in den Objekten zurück zu führen sei.

Nach kurzer Diskussion bestand Einvernehmen, eine Beratung in der nächsten Sitzungen des Bau- und Vergabeausschusses am 21.03.2006 vorzunehmen.

Herr Piéla zog darauf hin die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurück.

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	BÜNDNIS90/GRÜNE EUR
62	0200.9430.9	Um- und Ausbauten, größere Instandsetzungen	85.000	-2.000

einstimmig

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	SPD EUR
63	2100.9438.8	PCB-Sanierung Grundschule Menden, Siegstraße	0	2006 +120.000 2007 - 120.000 PCB-Sanierung vorziehen

Herr Knülle erläuterte, dass die SPD-Fraktion die Maßnahme nicht für weiter aufschiebbar halte.

Herr Wagner hielt dem entgegen, dass kein sofortiger Handlungsbedarf bestehe und bat im Hinblick auf die aktuelle Problematik „Schimmelbefall“ die Maßnahme entsprechend der Verwaltungsplanung umzusetzen.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über den Antrag abstimmen:

5 Jastimmen

9 Neinstimmen

2 Enthaltungen, damit ist der Antrag abgelehnt

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	SPD EUR
64	5700.9530.2	Um- und Ausbauten, größere Instandsetzungen	0	+50.000 behindertengerecht. Umbau Freibad

Herr Grote erläuterte den Antrag für die SPD-Fraktion. Für die CDU-Fraktion schlug Herr Wagner vor, die Mittel im Haushalt aufzunehmen, diese jedoch mit einem Sperrvermerk zu versehen, bis die Planung der Maßnahme im Bau- und Vergabeausschuss vorgestellt wird.

Nach kurzer Diskussion ließ Herr Lehmacher über den Antrag der SPD-Fraktion mit der Aufnahme eines Sperrvermerks abstimmen:

einstimmig

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	FDP EUR
65	-	Bürgerservice		1) Personalkosten reduzieren ? 2) Zuschussbedarf reduzieren? 3) Wirtschaftlichkeit von Bürgerserviceeinricht. in Nachbarkommunen?

Es bestand Einvernehmen, an dieser Stelle den Antrag der SPD-Fraktion, Drucksachen-Nr. 05/0509, mit zu beraten.

Zunächst beantwortete der Bürgermeister die Anfrage der FDP-Fraktion, Drucksachen-Nr. 05/0494, ausführlich.

Bezogen auf den SPD-Antrag führte er aus, dass eine Umstrukturierung nicht zu Personalkosteneinsparungen führe.

Anschließend erläuterte Herr Knülle den Antrag der SPD-Fraktion.

Der Bürgermeister erklärte hierzu, dass eine Umwandlung des Fachbereiches 10 in einen Fachdienst aus organisatorischen Gründen nicht erfolgen könne.

Anschließend ließ er über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

5 Jastimmen

8 Neinstimmen

3 Enthaltungen, damit ist der Antrag abgelehnt

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	Ausschuss/ Verwaltung EUR
66	7000.5401.9	Reinigung und sonstige Betriebskosten d. Abwasseranlagen	40.000	+14.000 Eine bereits beauftragte Maßnahmen wird in 2005 nicht mehr vollständig kassenwirksam. Die noch benötigten Mittel sind daher neu zu veranschlagen.

Herr Raubach erläuterte, dass es sich um eine gesetzlich erforderliche Maßnahme handele, die in 2005 nicht mehr abschließend durchgeführt werden könne und daher im Haushaltsjahr 2006 neu zu veranschlagen sei.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über den Antrag abstimmen:

einstimmig

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz gem. Entwurf EUR	FDP EUR	Ausschuss/ Verwaltung EUR
67	versch.	Baumaßnahmen	-	Antrag vom 17.11.2005 "Baustandards bei städt. Baumaßnahmen"	Verweisungsbeschluss BauA v. 23.11.2005 F.D.P.-Antrag "Baustandards bei städt. Baumaßnahmen"

Zunächst erläuterte Frau Jung den Antrag der FDP-Fraktion. Die Einführung solcher Standards dürfe in begründeten Fällen jedoch nicht zu einem Individualitätsverlust führen.

Frau Breinlich erklärte, dass insbesondere den Schulen ein Handlungsspielraum erhalten bleiben müsse. Sie halte die jetzigen Regelungen für ausreichend.

Herr Knülle äußerte vergaberechtliche Bedenken, wenn eine Festlegung erfolge.

Herr Masemann führte aus, dass es auf Grund der Unterschiedlichkeit der einzelnen städtischen Gebäude nicht sinnvoll sei, in allen Bereichen für alle Gebäude einheitliche Standards festzulegen. Es müsse möglich sein, in Einzelfällen eine andere Ausführungsweise zu wählen.

Die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes, Frau Gust, unterstützte die Ausführungen von Herrn Masemann und Frau Jung. Es müsse darüber

hinaus sichergestellt sein, dass die Stadtverwaltung bei städtischen Maßnahmen Herr des Verfahrens ist.

Herr Piéla merkte an, dass eine Standardisierung alle Bereiche umfassen müsse.

Anschließend ließ Herr Lehmacher über den Antrag abstimmen:

einstimmig bei 1 Enthaltung

Herr Lehmacher stellte anschließend fest, dass alle Fragen und Änderungsanträge behandelt wurden.

Es bestand Einvernehmen, dem Rat die beschlossenen Änderungen vorzuschlagen.

Anschließend stellte der Bürgermeister die noch vorliegenden Tischvorlagen der Sitzung vom 30.11.05 und der heutigen Sitzung zur Beratung.

Protokollnotiz:

Die Darstellung in dieser Niederschrift erfolgt in aufsteigender Reihenfolge der Drucksachen-Nummern. Soweit eine Behandlung bereits im Rahmen der vorstehend protokollierten Haushaltsberatung erfolgte, ist dies entsprechend vermerkt.